



## Niederschrift

### 88. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 30.04.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:47 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab 17:15 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	bis 19:00 Uhr
Herr Schröder, Michael	CDU	bis 19:30 Uhr
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	bis 19:15 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Herr Ernst für den GB 3 und den FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam  
Herr Hans-Ulrich Schulz, Generalsuperintendent  
Herr Ulrich Seelemann, Präsidenten des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,  
Herr Johann-Peter Bauer Vorsitzenden der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche  
Herrn Manfred Stolpe, Ministerpräsidenten a.D.  
Frau Krusemark, SB Recht  
Herr Richter, KIS  
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung  
Herr Albrecht, Regiebetrieb Luftschiffhafen  
Frau Henning und Frau Jonen, für den FB Schule und Sport  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09.04.2008
  
- 2            Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zur "Stiftung Garnisonkirche Potsdam"  
Vorlage: 08/SVV/0325  
Oberbürgermeister
  
- 3            Friedhof Michendorfer Chaussee  
Vorlage: 08/SVV/0234  
Fraktion DIE LINKE
  
- 4            Anhebung des Regelsatzes  
Vorlage: 08/SVV/0236  
Fraktion DIE LINKE
  
- 5            Strom- und Gasversorgung neue Ortsteile  
Vorlage: 08/SVV/0238  
Fraktion DIE LINKE
  
- 6            Kostenloses Mittagessen für bedürftige Schülerinnen und Schüler  
Vorlage: 08/SVV/0249  
Fraktion DIE LINKE
  
- 7            Mieten, Nutzungsentgelte für Garagen  
Vorlage: 08/SVV/0272  
Fraktion DIE LINKE
  
- 8            Fördervereine in Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/0275  
Fraktion BürgerBündnis
  
- 9            Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2008  
Vorlage: 08/SVV/0294  
Oberbürgermeister, KIS
  
- 10           Vertragsverlängerung Unterbringung der Fundtiere der Landeshauptstadt Potsdam und dem "Pfötchenhotel" Beelitz.  
Vorlage: 08/SVV/0296  
Fraktion CDU, SPD
  
- 11           Modernisierung des Stadthauses  
Vorlage: 08/SVV/0312  
Fraktion BürgerBündnis

- 12 Schülerbeförderung familiengerecht gestalten  
Vorlage: 08/SVV/0322  
Fraktion SPD
- 13 Mitteilungen der Verwaltung
- 13.1 Information über eine Vereinbarung mit dem Schaustellerverband  
gemäß Vorlagen: 07/SVV/1118 und 08/SVV/0039
- 13.2 Berichterstattung über die in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgten Akteneinsichten, Nachweisführung der AIG-Anwendung  
Vorlage: 08/SVV/0221  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 13.3 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung  
Vorlage: 08/SVV/0220  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 13.4 Bericht über Bürgerbeteiligungsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/0435  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 14 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09.04.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die Punkte 8 und 11 zurückzustellen und dafür die Thematik „Luftschiffhafen“ mit dem ausgereichten Änderungsantrag der Verwaltung aufzunehmen. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich für eine Information dazu aus, lehnt aber eine diesbezügliche Abstimmung ab, da der Änderungs- und Ergänzungsantrag sehr umfassend sei und in den Fraktionen besprochen werden müsse. Mit den genannten Änderungen und der Erweiterung wird der öffentliche Teil der Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 87. Sitzung vom 09. April 2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2

**Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zur "Stiftung Garnisonkirche Potsdam"**

**Vorlage: 08/SVV/0325**

Oberbürgermeister

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Generalsuperintendenten Hans-Ulrich Schulz, den Präsidenten des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Herrn Ulrich Seelemann, den Vorsitzenden der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Herrn Johann-Peter Bauer und den Ministerpräsidenten a.D. Herrn Manfred Stolpe.

Eingangs werden von Herrn Generalsuperintendenten Hans-Ulrich Schulz der Stiftungstext sowie die Auffassung zur Symbolik und Nutzungskonzeption für die wiederaufzubauenden Garnisonkirche erläutert. Herr Seelemann ergänzt die Ausführungen aus rechtlicher Sicht und geht dabei insbesondere auf die Hintergründe der Stiftungsgründung und die Satzung der Stiftung ein.

Anschließend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die Landeshauptstadt intensiv daran mitgewirkt habe, dass es die jetzt vorliegende Satzung gebe und die Garnisonkirche zum Zwecke der Versöhnung und Erinnerung wieder aufgebaut werden könne. Dies benötige eine entsprechende rechtliche Form und deshalb liege der Vorschlag der Verwaltung mit der DS 08/SVV/0325 zur Beschlussfassung vor. Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass bezüglich der übertragenden Grundstücke zum besseren Verständnis ein Lageplan als Tischvorlage ausgereicht wurde und es sich bei den rot umrandeten Flächen um die zu übertragenen handele.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Herr Schliepe, dass die Position der Fraktion Andere zum Wiederaufbau der Garnisonkirche hinreichend bekannt sei. Das Anliegen seiner Fraktion sei es, auch zu diesem Projekt den Bürgerwillen ernst zu nehmen, so wie es beim Stadtschloss praktiziert wurde und auch bei anderen Vorhaben praktiziert werden sollte. Deshalb werde die Fraktion Die Andere in der nächsten Sitzung der StVV einen Geschäftsordnungsantrag zur Zurückstellung der Vorlage stellen, und zwar so lange, bis ein Votum der Potsdamer Bürgerschaft vorliege, was bei der Entscheidung über den Wiederaufbau der Garnisonkirche berücksichtigt werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er diesen Gedanken sehr interessant finde und auch die Fraktion DIE LINKE sich damit bereits in den 90-er Jahren beschäftigt habe, was allerdings abgelehnt worden sei. Die Fraktion DIE LINKE wolle mit einem Begleitbeschluss in die Diskussion gehen, um ihre Bedenken zu „zementieren“ und sei nur bei dessen Annahme bereit, das Anliegen „kritisch zu begleiten“. Der Begleitbeschluss liegt allen Hauptausschussmitgliedern schriftlich vor und hat folgenden Wortlaut:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Eine über die Grundstücksübertragung hinausgehende finanzielle Beteiligung der Stadt am Bau der Garnisonkirche Potsdam wird ausgeschlossen.*

*Mit dem Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam in die Stiftung „Garnisonkirche Potsdam“ verbinden sich folgende Erwartungen:*

- 1. Die Bemühungen um den Wiederaufbau der Garnisonkirche konzentrieren sich auf den Turm. Eine Entscheidung über einen eventuellen Wiederaufbau des Kirchenschiffs soll gesondert getroffen werden und künftigen Generationen vorbehalten bleiben.*
- 2. Ein Wiederaufbau ist mit einem Konzept einer aktiven Friedens- und Ver-*

söhnungsarbeit – auch in Gemeinschaft mit der weltweiten Nagelkreuzbewegung – zu verbinden.

3. Das mit der Stiftung beabsichtigte würdige Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944 soll mit dem Gedenken an den von Potsdam ausgehenden Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in seiner ganzen Bandbreite verbunden werden.
4. Der mit dem Bau verbundene Eingriff in den Straßenraum soll möglichst gering gehalten und auf das zwingend notwendige Maß begrenzt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Grundsätze im Kuratorium der Stiftung zu vertreten.

Herr Schubert betont, dass die Fraktion SPD diesen Begleitbeschluss mittragen werde, um einen breiten Konsens zu erreichen und eine breite Zustimmung zu erhalten. Herr Schröder verweist darauf, dass die Punkte 1 und 2 auch die Meinung der Vertreter der Stiftung sei und die Punkte 3 und 4 auch von der Fraktion CDU mitgetragen werden können.

Ebenso betont Herr Seelemann, dass man damit „gut leben“ könne und davon auszugehen sei, dass bei der Größe des Vorhabens sowieso nur eine abschnittsweise Abarbeitung möglich sei. Er halte es für durchaus sinnvoll, die Ziele so zu stecken, dass sie auch erreichbar bleiben. Die Forderungen aus den Punkten 2 und 3 des Begleitbeschlusses finden sich im Satzungstext wieder. Die des Punktes 4 seien in erster Linie eine Kostenfrage und hier müsse geprüft werden, ob das machbar sei und eine verträgliche Lösung gefunden werden. Er betont, dass die Garnisonkirche für die Potsdamer Bürger wieder aufgebaut werde und man bemüht sei, die Belastungen so gering wie möglich zu halten.

Herr Dr. Gunold führt aus, dass er persönlich finde, dass es nicht gut sei, wenn sich die Stadt in eine kirchliche Stiftung begeben und er habe in erster Linie Probleme mit dem Symbolcharakter der Garnisonkirche; darüber hinaus leben in Potsdam nicht ausschließlich Christen. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass diese Widersprüchlichkeit bleiben werde und man damit leben müsse. Gleichzeitig sei es auch eine Herausforderung, sich dieser Thematik zu stellen und aktuell damit auseinanderzusetzen. Nicht zuletzt diene dem auch der in der Stiftungssatzung verankerte Zweck und das Ziel.

Anschließend wird der von der Fraktion DIE LINKE beantragte Begleitbeschluss zur Abstimmung gestellt:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Potsdam tritt der am 23.06.2008 zu gründenden „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ als Mitstifter bei (Anlage 1: Satzung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam).
2. Die Landeshauptstadt Potsdam entsendet ein Mitglied in das Kuratorium der Stiftung.
3. Die Landeshauptstadt Potsdam bringt dazu folgende Vermögenswerte in das Stiftungsvermögen ein:

- a) den vertraglichen Anspruch auf Übertragung eines Grundstücksteiles von circa 900 m<sup>2</sup> aus dem notariellen Kaufvertrag mit der ARAG Liegenschafts- und Beratungs- GmbH & Co. Immobilien KG . Dieser wird durch den Sanierungsträger Potsdam an die Landeshauptstadt Potsdam aus dem Treuhandvermögen abgetreten,
- b) die Grundstücksfläche, die für den Wiederaufbau der Garnisonkirche erforderlich ist und derzeit als Verkehrsfläche dient.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9  
 Ablehnung: 2  
 Stimmenthaltung: 3

**zu 3 Friedhof Michendorfer Chaussee**

**Vorlage: 08/SVV/0234**

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt aus, dass die Stadt bereits 1999 damit begonnen habe, den Friedhof zu restaurieren; die starke Verwitterung der Privatgräber sei der Verwaltung nicht unbekannt. Im August 2008 werde es im Rahmen eines Internationalen Jugendlagers weitere Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen auch in Teilen des zivilen Friedhofs geben. Ebenso werde der Jugendarbeitskreis der Kriegsgräberfürsorge mehrere Arbeitseinsätze leisten, um damit eine gewisse Kontinuität zu gewähren. Anschließend fragt Herr Dr. Gunold nach, ob diese Maßnahmen seitens der Verwaltung als ausreichend betrachtet werden oder es sinnvoll sei, zusätzliche Unterstützung zu ordern. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass man für jede Art der Unterstützung dankbar sei, die das Anliegen befördere.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geeignete Maßnahmen einzuleiten, um den Zustand des denkmalgeschützten Friedhofs in der Michendorfer Chaussee, auch seines zivilen Teils, nachhaltig zu verbessern.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13  
 Ablehnung: 1  
 Stimmenthaltung: 0

**zu 4 Anhebung des Regelsatzes**

**Vorlage: 08/SVV/0236**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister gibt das Votum des Ausschuss für Gesundheit und Soziales mit dem folgend geänderten Beschlusstext zur Kenntnis:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in Gesprächen mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Bundesministerium für Arbeit dafür einzusetzen, dass eine Anhebung **der Regelsätze** für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII ~~auf mindestens 400,-€~~ erfolgt.

Den Stadtverordneten ist über das Ergebnis der Gespräche in ihrer Sitzung im **Juni 2008** zu berichten.

Er erklärt im Weiteren, dass er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde, da es entsprechende rechtliche Regelungen gebe, die eines derartigen Beschlusses nicht bedürfen und er meine, dass der Beschluss „nichts bewirken werde“. Trotzdem werde er sich an eine entsprechende Beschlusslage halten und die Gespräche mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Bundesministerium für Arbeit führen.

Herr Dr. Scharfenberg äußert sein Unverständnis und meint, dass es nur dann Veränderungen geben werde, wenn jeder seine Verantwortung wahrnehme. Auch wenn es nur Gespräche sein können, entstehe ein „Druck von unten“, der auch notwendig sei. Herr Schüler betont, dass auch er sich der Stimme enthalten werde, eben aus genau den vom Oberbürgermeister genannten Gründen. Das Anliegen sei höchst fraglich, weil die Stadtverordnetenversammlung kein unparteiisches Gremium, aber auch kein politisches Forum dafür sei, was nicht in der Gemeindeordnung stehe.

Anschließend wird der vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales geänderte Beschlusstext zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in Gesprächen mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Bundesministerium für Arbeit dafür einzusetzen, dass eine Anhebung der Regelsätze für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII erfolgt.

Den Stadtverordneten ist über das Ergebnis der Gespräche in ihrer Sitzung im Juni 2008 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	8

**zu 5**      **Strom- und Gasversorgung neue Ortsteile**  
**Vorlage: 08/SVV/0238**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Exner führt aus, dass er bereits mehrmals darauf verwiesen habe, dass es dafür Rahmenbedingungen gebe und dazu gehöre auch, dass es andere Leitungsnetze gebe, auf denen Konzessionen lägen, die bis 2011/2012 laufen. Hierzu seien umfangreiche Prüfungen der dafür geltenden Bedingungen nötig, die jedoch bis Juni 2008 nicht zu leisten seien. Er halte Oktober 2008 für realistisch. Herr Schüler meint, dass es sich hierbei um ein neues Geschäftsfeld der EWP handele und es scheine für die Bewohner der neuen Ortsteile nicht nachgewiesen, dass die EWP günstigeren Strom liefere. Ihm erschließe sich das Anliegen dieses Antrags nicht. Herr Schröder meint, dass der Erwerb der Konzessionen durch die EWP sinnvoll wäre und in diesem Sinne neue Geschäftsfelder und neue Kunden erschlossen werden. Wird der Strom teurer als bisher, bestehe die Gefahr, dass die Einwohner den Anbieter wechseln. Er schlägt vor, aus dem Antrag einen Prüfauftrag zu machen.

Auf den Terminvorschlag von Herrn Exner Bezug nehmend meint Herr Dr. Scharfenberg, dass der Termin noch vor der Kommunalwahl liegen und deshalb der

September 2008 sein solle. Ausgangspunkt für diesen Antrag seien Hinweise aus den neuen Ortsteilen gewesen, auch wenn nicht mit jedem einzelnen Einwohner darüber gesprochen worden sei. Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Schröder meint er, dass die Erfahrungen zeigen, dass Anbieter so schnell nicht gewechselt werden. Herr Schubert nimmt Bezug auf die Verfahrensweise zu Altkleidersammlungen, wo auch bestehende Verträge bis 2011 zu der Empfehlung geführt haben, den Antrag zurückzuziehen; dies sei hier ebenso sinnvoll. Ansonsten empfehle er auch zu prüfen, wie die Kosten für den Erwerb der Konzessionen umgelegt werden, um nicht von vornherein Mehrkosten zu produzieren, die dem Anliegen schaden.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler erläutert Herr Exner, dass die Leitungen zwar in den Grundstücken der Stadt liegen und der Eigentümer auch entscheidet, wo Leitungen verlegt werden. In den neuen Ortsteilen wurde das genauso gehandhabt und die ehemaligen Gemeinden des Amtes Fahrland haben dann entsprechende Verträge mit den Anbietern abgeschlossen, an die die Stadt gebunden sei.

Daran anschließend schlägt Herr Dr. Scharfenberg folgende geänderte Fassung zur Abstimmung vor:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, wie die neuen Ortsteile möglichst zu den entsprechenden Tarifen in die Strom- und Gasversorgung durch die EWP einbezogen werden können.

Der Hauptausschuss ist im September 2008 über das Ergebnis der Prüfungen zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 6

**Kostenloses Mittagessen für bedürftige Schülerinnen und Schüler**

**Vorlage: 08/SVV/0249**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Verwaltung zum Vorschlag der Fraktion DIE LINKE eine andere Auffassung habe und dementsprechend einen Beschlussvorschlag für die nächste Sitzung der StVV mit der DS 08/SVV/0432 einbringen werde. Im Votum des Ausschusses für Finanzen werde ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig gefolgt.

Anschließend erläutert Frau Fischer den Vorschlag der Verwaltung und dessen finanziellen Auswirkungen. Herr Exner ergänzt die Ausführungen unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf den Haushalt 2008 und den Haushalt 2009.

Von 2.200 Kindern (ALG II) ausgehend würden jährlich insgesamt 836.000 € für die Versorgung mit kostenlosem Schulessen benötigt. Er schätze ein, dass der Aufwand für das kostenlose Schulessen bis zu einer Million Euro betragen könne. Von den 2.200 Kindern (ALG II) besuchen ca. 133 Ersatzschulen in der Landeshauptstadt Potsdam. Weiterhin gebe es ca. 24 Kinder von Niedriglohneempfängern an den Ersatzschulen und um diesen Kindern ein ermäßigtes Schulessen zu gewähren, seien ca. 30.000 € jährlich zusätzlich notwendig.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass man jetzt vor der Frage stehen, ob es einen echten sozialen Fortschritt bezüglich der Versorgung mit einem Mittagessen geben solle oder nicht. Seine Fraktion habe dazu eine klare Entscheidung beantragt, deren Umsetzung bereits im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2007 zugesagt worden sei. Die Abstimmung darüber sollte gemeinsam mit dem Haushalt erfolgen und nicht davon losgelöst. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren sei sehr „unscharf“, enthalte Subjektivitäten und erfordere Entscheidungen zwischen „Bedürftigen“ und „besonders Bedürftigen“ und dieser Subjektivismus werde auch noch den Schulen „übergeholfen“. Das „Rechenexempel“ sei nicht zu verstehen und der Oberbürgermeister habe bereits sein Wort gegeben, dass es ein kostenloses Schulessen geben werde. Wenn das jetzt nicht eindeutig umgesetzt werde, sei das Wortbruch.

Herr Schubert betont, dass der Vorschlag der Verwaltung finanzierbar und sozial ausgewogen sei. In Berlin habe die „rot-rote“ Regierung eine gemeinsame Regelung gefunden, dass auch Hartz-IV-Empfängern zugemutet werde, einen Euro zu bezahlen. Für ganz Berlin werden für das Vorhaben 4,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und nur für Potsdam wären es 1,2 Millionen Euro; das sei nicht zu vertreten.

Frau Fischer verweist darauf, dass das Verfahren nicht bürokratisch sei und in einem Zuge mit der Freistellung vom Kauf der Lern- und Lehrmittel erfolgen könne. Mit den Lehrern werde es Gespräche geben, weil sie die Informationen an die Eltern weiterleiten werden.

Seine Fraktion, so Herr Schliepe, werde den Antrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen, weil der Verwaltungsvorschlag keine große Veränderung zum bestehenden Verfahren darstelle und der Vorschlag der „LINKEN“ unkomplizierter und praktikabler sei. Bezüglich der angemahnten Deckung dieses Vorschlags meine er, dass er die Erfahrung gemacht habe, dass es diese immer gebe, wenn ein Vorhaben gewollt sei. Beantragen aber die „Falschen“ ein Vorhaben, werde immer nach der Deckung „gerufen“ und das sei nicht akzeptabel, weil die Stadt ganz andere Sachen „stemme“.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sich die beiden Verfahren nicht groß unterscheiden. Bei einem selbstverständlichen Anspruch sei jedoch eine Diskriminierung ausgeschlossen. Die Härtefallregelung sei im Vorschlag der Verwaltung die Regel, im Vorschlag der Fraktion DIE LINKE die Ausnahme. Bezüglich der Ausführungen von Herrn Schubert meine er, dass dieser den Verwaltungsvorschlag nun mal vertreten müsse; die Argumentation mit Berlin sei zweifelhaft, denn ohne die „LINKEN“ hätte es diese Regelung in Berlin wahrscheinlich gar nicht gegeben. Und in Berlin habe sich die Landesregierung dieses Themas angenommen, was in Brandenburg nicht möglich war. Ein Finanzierungsvorschlag werde seitens seiner Fraktion erfolgen; der müsse dann aber auch von allen gewollt sein.

Frau Dr. Müller kritisiert, dass in der bisherigen Diskussion nicht berücksichtigt worden sei, dass es um Kinder gehe. Die Erscheinung, dass es schwer falle, zuzugeben, davon betroffen zu sein, sei nicht neu und führe zum Scheitern von Projekten. Das könne man nicht einfach so „zur Kenntnis nehmen“. Eine Verschiebung in den Härtefallfond sei für die Fraktion DIE LINKE kein Ersatz für ein kostenloses Schulessen, weil Lehrer berichten, was daraus alles zu bezahlen sei, um überhaupt eine Teilnahme am normalen Schulalltag zu ermöglichen. Für sie sei die Logik nicht nachvollziehbar.

Herr Exner führt aus, dass in Anbetracht der Schätzungen festzustellen sei, dass sich Potsdam den Vorschlag der „LINKEN“ nicht leisten könne und dass es auch nicht sinnvoll sei. Ausgangspunkt sei, dass für Kinder einkommensschwacher Eltern das Essen subventioniert werde und dass es daneben den Härtefallfond gebe. Dieser Vorschlag sei im Ausschuss für Finanzen auch für die Vertreter der

Fraktion DIE LINKE zustimmungsfähig gewesen. In der jetzigen Haushaltssituation habe das Innenministerium eindeutig darauf hingewiesen, dass bezüglich der freiwilligen Leistungen die Quoten eher zu senken seien als anzuheben bzw. maximal beizubehalten. Das alles müsse auch unter kommunalrechtlichen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten und der Haushalte 2009 und 2010 betrachtet werden.

Herr Schüler betont, dass die Fraktion Grüne/B 90 dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde, da sich die beiden Vorschläge in Bezug auf die Betroffenen nicht unterscheiden; es sei der gleiche Kreis der Anspruchsberechtigten. Das Eingeständnis, zum Kreis der Betroffenen zu gehören, könne durchaus diskriminierend sein, sei aber wie in vielen anderen Fällen zur Gewährung von Leistungen nötig. Darüber hinaus meine er, dass in erster Linie die Eltern die Verantwortung dafür tragen, dass die Kinder mit Essen versorgt werden und dafür in der Regel die Sozialleistungen ausreichen.

Herr Schubert merkt an, dass es unredlich sei, dass einer die Wohltaten verteile und dem anderen die Aufgabe überlassen werde, die Deckung zu finden.

Herr Schröder führt aus, dass hier über hungernde Kinder in der kinderfreundlichsten Stadt der Bundesrepublik geredet werde und gleichzeitig festzustellen sei, dass die Stadt immer mehr Geld aufbringen müsse, um Entscheidungen der Bundesregierung zu finanzieren. Auch die Fraktion CDU halte den Vorschlag der Verwaltung für richtig und auch er halte die Einbindung der Eltern für richtig, denn sie tragen die Verantwortung. Der unkompliziertere Weg sei die Verbindung mit der Freistellung vom Kauf von Lehr- und Lernmitteln; die Aufgabe den Lehrern zu überlassen, halte er für falsch.

Der Oberbürgermeister betont abschließend, dass es ein unkompliziertes Verfahren geben werde, wie Verbindung mit der Freistellung vom Kauf der Lehr- und Lernmittel und darüber Konsens bestehe, auch die nicht staatlichen Schulen mit einzubeziehen.

Herr Dr. Scharfenberg beantrag, darüber im Zusammenhang mit dem Haushalt abzustimmen. Der Oberbürgermeister beantragt, eine Empfehlung des Hauptausschusses in der heutigen Sitzung abzugeben. Dieser Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen angenommen.

*Der Beschlusstext der DS 08/SVV/0432 wird mit der Änderung im Punkt 3, 2. Zeile „... ihren Wohnsitz in Potsdam haben und an Schulen in Potsdam unterrichtet werden ...“ zur Abstimmung gestellt:*

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Potsdam stellt für Kinder einkommensschwacher Eltern an Schultagen vergünstigtes und in besonderen Härtefällen kostenloses Schulessen zur Verfügung.
2. Der Eigenanteil der Berechtigten für das vergünstigte Schulessen soll 1 € pro Portion nicht übersteigen.
3. Berechtigte im Sinne dieses Beschlusses sind insbesondere Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 10, die ihren Wohnsitz in Potsdam haben und an städtischen Schulen unterrichtet werden, deren Eltern Bezieher von regelmäßigen Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, dem AsylbLG (Leistungsempfänger) und Familien mit ähnlich niedrigem Einkommen („Niedriglohneempfänger“).
4. Darüber hinaus wird ein Härtefallfonds eingerichtet, aus dem in besonderen Härtefällen nach Entscheidung des jeweiligen Schulleiters/ der jeweiligen

- Schulleiterin kostenloses Essen zur Verfügung gestellt wird.
5. Die Satzung über die Kostenbeiträge zur Schulspeisung ist entsprechend aufzuheben bzw. zu überarbeiten. Sie wäre unter Beachtung des vom Land vorgesehenen Sozialfonds mit den entsprechenden Verfahrensregeln im Juli vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 6  
Stimmenthaltung: 1

**zu 7 Mieten, Nutzungsentgelte für Garagen**

**Vorlage: 08/SVV/0272**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister gibt das zustimmende Votum des Werksausschusses KIS zur Kenntnis, mit der Änderung, dass anstelle „... der Stadtverordnetenversammlung zu ihrer Sitzung im Mai 2008...“ die Formulierung lauten solle:

**„dem Arbeitskreis Garagenstandortkonzept bei seiner konstituierenden Sitzung“**

Der so geänderte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Arbeitskreis Garagenstandortkonzept bei seiner konstituierenden Sitzung eine Übersicht zur Höhe der aktuellen Mieten bzw. Nutzungsentgelte für die Garagen auf den vom KIS und von der Pro Potsdam GmbH betriebenen Garagenstandorte sowie deren Grundstücksverkehrswert vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 8 Fördervereine in Potsdam**

**Vorlage: 08/SVV/0275**

Fraktion BürgerBündnis

**zurückgestellt**

**zu 9 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2008**

**Vorlage: 08/SVV/0294**

Oberbürgermeister, KIS

Der Oberbürgermeister informiert über die einstimmige Zustimmung des Werksausschusses des KIS. Herr Exner beantwortet die Nachfrage von Frau Dr. Schröter bezüglich der Einstellung von Planungsmitteln.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2008.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 6

**zu 10 Vertragsverlängerung Unterbringung der Fundtiere der Landeshauptstadt  
Potsdam und dem "Pfötchenhotel" Beelitz.  
Vorlage: 08/SVV/0296**

Fraktionen CDU, SPD

Herr Ernst bittet namens der Verwaltung um Zurückstellung dieses Antrags bis Oktober 2008, um das Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung des Tierheimauftrages abzuwarten. Dann wisse man auch, ob der Vertrag ab Januar 2009 oder erst ab Januar 2010 abgeschlossen werde.

Der Oberbürgermeister bittet, diesen Antrag in der nächsten Sitzung der StVV zur Erledigung in den Hauptausschuss zu überweisen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 11 Modernisierung des Stadthauses**

**Vorlage: 08/SVV/0312**

Fraktion BürgerBündnis

**zurückgestellt**

**neu Luftschiffhafen**

**Vorlage: 07/SVV/1060**

Fraktion SPD

Herr Exner bringt den Änderungs- und Ergänzungsantrag der Verwaltung mit folgendem Wortlaut ein, der allen Hauptausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgereicht wurde:

1. Der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der die Pro Potsdam GmbH 100 % der Anteile hält und welche die Aufgaben im Zusammenhang mit der Betreuung des „Areal Luftschiffhafen“ wahrnimmt, wird zugestimmt.
2. Der Übertragung der Aufgaben der Bewirtschaftung und Betreuung des „Areal Luftschiffhafen“ auf die gemäß Ziff. 1 gegründete Gesellschaft wird zugestimmt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss bis Juli 2008 einen Betreibervertrag mit der zu Ziff. 1 gegründeten Gesellschaft zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Betreibervertrag hat zu gewährleisten, dass die Einwirkungsrechte der Landeshauptstadt Potsdam auf die Errichtung, Umgestaltung und Nutzung der Einrichtungen des „Areal Luftschiffhafen“ sichergestellt sind. Gegenstand des Vertrages soll des Weiteren die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Entwicklung des „Areal Luftschiffhafen“ sein.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Abschluss des Betreibervertrages einen Vertrag zur Überleitung der derzeit dem Regiebetrieb zugeordneten Arbeitsverhältnisse zu schließen. Ausgeschlossen von der Übertragung sind die Arbeitsverhältnisse der Erzieher des Wohnheimes und der Schulsekretärin.
5. Die Landeshauptstadt Potsdam beauftragt einen Gutachter mit der Prüfung

sämtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Übertragung des Grundvermögens des „Areal Luftschiffhafen“ auf eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, insbesondere in betriebswirtschaftlicher, bilanzrechtlicher, steuerrechtlicher, förderrechtlicher, vergaberechtlicher und kommunalrechtlicher Hinsicht. Das dem „Areal Luftschiffhafen“ zugeordnete Grundvermögen wird sodann zum Zwecke einer effizienten Betreuung und Entwicklung des „Areal Luftschiffhafen“ entsprechend der Empfehlungen des Gutachters übertragen.

Der Oberbürgermeister bittet um eine Entscheidung in der nächsten Sitzung der StVV, um die notwendigen Aufträge auslösen zu können. Herr Schubert stimmt namens der Fraktion SPD dem Änderungs- und Ergänzungsantrag zu und schließt sich der Empfehlung des Oberbürgermeisters an, diesen am 07.05.2008 abzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert die Verwaltung, die 4 Monate verstreichen ließ und nun zum letztmöglichen Zeitpunkt diesen Vorschlag unterbreite und die Verantwortung in die Stadtverordnetenversammlung verlagere. Er fragt, ob unter der Grundsatzentscheidung zu verstehen sei, dass die eigentliche Entscheidung noch getroffen werde. Für die Fraktionen müsse ausreichend Zeit sein, sich mit dem jetzt vorliegenden Vorschlag zu beschäftigen und dafür bleibe nur eine Fraktionssitzung. Er wolle den Weg nicht in Frage stellen, aber dafür gebe es entsprechende Bedingungen. Das sei innerhalb einer Woche nicht machbar.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es ein Paket von zu klärenden Fragen gebe, was nicht vorab machbar gewesen sei und deshalb müsse der Beschluss alsbald gefällt werden, um die Richtung zu klären. Details könnten auch dann noch besprochen werden.

Herr Schüler merkt an, dass es schwer sei, eine Grundsatzentscheidung zu fällen, ohne die konkreten Details zu kennen. Er gebe ungern einen Freibrief für eine Festlegung auf nur den einen Partner – die Pro Potsdam. Wenn, dann sollte es ein Auftrag zu Verhandlungen sein. Die Nachfrage von Frau Knoblich, warum im Punkt 4 ausschließlich die Arbeitsverhältnisse der Erzieher und der Schulsekretärin nicht übertragen werden, soll im Rahmen einer späteren Diskussion geklärt werden. Herr Heinzel regt an, auch über eine Ausschreibung nachzudenken. Frau Dr. Schröter merkt an, dass sie es zweifelhaft finde, dass wiederum ein Gutachter beauftragt werde. Sie meine, dass dieser Akt der Übertragung so einmalig nicht sei als dass dies von den zuständigen Ämtern nicht geleistet werden könne. Der Oberbürgermeister stimmt dem zu, da auch er dieser Auffassung war, sich auf Grund der Komplexität des Themas von der Notwendigkeit externer Unterstützung überzeugen lassen musste. Frau B. Müller bemängelt, dass es sich um einen komplett neuen und nicht um einen Änderungs- oder Ergänzungsantrag handele. Dem widerspricht Herr Schüler unter Verweis auf die Geschäftsordnung, in der nur der sachliche Zusammenhang mit dem Ursprungsantrag, jedoch nicht Umfang und inhaltliche Bedeutung, Voraussetzung für die Zulassung seien.

Der Oberbürgermeister schlägt anschließend eine Beratung in den Fraktionen vor, die bei Bedarf auch seitens der Verwaltung unterstützt werden könne. Da der Antrag auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der StVV stehe, werde über das weitere Verfahren dann entschieden.

## **zu 12 Schülerbeförderung familiengerecht gestalten**

**Vorlage: 08/SVV/0322**

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister empfiehlt eine Abstimmung, da es sich um einen Prüfauftrag handele. Auf Bitte von Frau Dr. Müller wird als Terminstellung für den Ab-

schluss der Prüfungen der Monat JUNI vereinbart. Nach Rücksprache mit der Antragstellerin ist die Einführung des Geschwistertickets für Familien mit 3 und mehr Kindern zu prüfen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **bis Juni 2008** die Einführung eines Geschwistertickets zu ermäßigten Tarifen zu prüfen und bei positiver Prüfung die Satzung über Erstattung von Schülerfahrtkosten bis zum neuen Schuljahr 2008/2009 zu überarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 13      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 13.1    Information über eine Vereinbarung mit dem Schaustellerverband  
gemäß Vorlagen: 07/SVV/1118 und 08/SVV/0039**

**zurückgestellt**

**zu 13.2    Berichterstattung über die in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgten Ak-  
teneinsichten, Nachweisführung der AIG-Anwendung**

**Vorlage: 08/SVV/0221**

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

**zurückgestellt**

**zu 13.3    Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung**

**Vorlage: 08/SVV/0220**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

**zurückgestellt**

**zu 13.4    Bericht über Bürgerbeteiligungsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/0435**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

**zurückgestellt**

**zu 14      Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob für die Schließung des S 13 – Spartacus, Schlossstraße - ein Ersatz vorgesehen sei. Der Oberbürgermeister bittet, derartig spezifische Einzelfragen im Vorfeld anzumelden, um es den Beigeordneten und ihm zu ermöglichen, sich im Detail darüber zu informieren.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach Ergebnissen der Diskussion zur Verbesserung des Verkehrsmanagements. Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass die wöchentlichen Gespräche jetzt jeweils freitags geführt werden, um die Öffentlichkeit in der darauf folgenden Woche mit aktuellen Informationen zu versorgen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass ihm diese Antwort nicht ausreiche.

Frau Dr. Müller verweist auf die mit dem letzten Protokoll des Hauptausschusses ausgereichte Anlage zur Verkehrssicherheit in der Kurfürstenstraße und fragt, wie mit diesen Informationen im Weiteren umgegangen werden solle. Der Oberbürgermeister empfiehlt, diese in den Ausschüssen Bildung und Sport sowie Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft zu beraten.